

Die fünf Baustellen der schweizerischen Energiepolitik

Redebeiträge der Stiftungsräte und Stiftungsrätinnen.

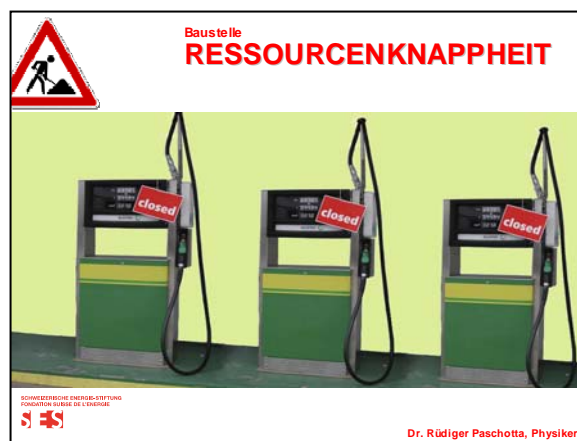
Baustelle 1

RESSOURCENKNAPPHEIT

Dr. Rüdiger Paschotta, Physiker, SES Stiftungsrat

Dass die Preise für Erdöl in den letzten Jahren gewaltig gestiegen sind, ist wohl niemandem verborgen geblieben. Ist Erdöl aber wirklich ein knappes Gut? Hierzu herrscht weithin eine grosse Verwirrung. Diese entsteht aus dem Kontrast der beiden folgenden Aussagen, die *beide* wahr sind:

- Aussage A: Erdöl wird es noch für viele Jahrzehnte geben, sogar für Jahrhunderte. Verbraucht ist noch nicht einmal die Hälfte der Vorkommen. Der Zeitpunkt, zu dem der letzte Tropfen Erdöl gefördert wird, wird wohl niemals kommen. Verbesserte Technik wird uns ermöglichen, stets noch mehr Ölquellen zu finden und zu erschliessen.
- Aussage B: Viele Jahre lang hat die weltweite Ölförderung immer weiter zugenommen und so eine stetig steigende Nachfrage befriedigen können. Bald aber wird sich genau dies ändern: Die Ölförderung wird für kurze Zeit stagnieren, um dann unaufhaltsam zu sinken; der Punkt des „Peak Oil“, also das Maximum der weltweiten Ölförderung, wird überschritten. Da gleichzeitig die Nachfrage sehr stark bleibt, werden die Preise enorm ansteigen. Obwohl dies grosse Anreize für Investitionen in neue Förderanlagen schafft, wird es nicht gelingen, die Förderrate auch nur zu halten, geschweige denn wieder zu steigern. Dies weil die leicht förderbaren Ölvorkommen erschöpft werden und der Aufwand für die Nutzung immer kleinerer und abgelegenerer Quellen rapide steigt. Gleichzeitig wächst die Abhängigkeit vom instabilen Nahen Osten, weil dessen Anteil an der Förderung wieder wächst.



Wie kann beides wahr sein? Aussage A richtet den Blick auf die Erschöpfung *aller* Ölquellen, die in der Tat in ferner Zukunft liegt. Aussage B dagegen macht auf die *begrenzte Förderrate* aufmerksam sowie auf die folgende ökonomische Erkenntnis: Die Preise explodieren nicht erst dann, wenn kein Öl mehr da ist, sondern bereits viel früher: nämlich dann, wenn die Förderung der Nachfrage nicht mehr folgen kann. Und dieser Punkt ist sehr nahe, wenn nicht gar schon erreicht.

Wir haben es also nicht mit zwei *konkurrierenden Theorien* zu tun, sondern mit zwei verschiedenen *Perspektiven*. Eine davon – Peak Oil – warnt uns vor einem gewaltigen ökonomischen Problem, welches ebenso gewaltige politische und soziale Folgen nach sich ziehen wird, insbesondere auch furchtbare Kriege um Erdöl. Die andere Perspektive wird auch wahr bleiben; man mag sogar die Kriege um Öl als Beweis dafür nehmen, dass es offensichtlich noch Öl gibt. Streiten kann man sich im Grunde nur noch über zwei Dinge:

- Erstens, ob „Peak Oil“ mit allen seinen Folgen in zehn, zwanzig oder erst in dreissig Jahren kommt oder gar bereits erreicht ist.

- Zweitens, ob wir uns auf die kommende Ressourcenverknappung tatkräftig einstellen sollen oder lieber einfach warten, was kommt.

Übrigens: Auch andere fossile Energieträger werden knapp, wenn auch etwas später. Bei Erdgas und Uran sind es noch einige Jahrzehnte, nur Kohle ist noch reichlich vorhanden. Mit Öl aus Kohle aber würden wir den Klimakollaps noch früher bekommen. Drastische Verbesserungen der Energieeffizienz, verbunden mit dem Ausbau erneuerbarer Energien, sind die einzige Lösung.

Die SES plädiert mit grossem Nachdruck dafür, dass wir *heute* beginnen, uns auf die Zeit nach „Peak Oil“ einzustellen, um die bevorstehenden Umwälzungen mit möglichst wenig Schaden überstehen zu können. Hierbei geht es nicht um ein Anliegen ökologisch angehauchter Gutmenschen, sondern um nichts weniger als unseren Wohlstand und unsere Sicherheit. Die Politik steht aber leider noch überwiegend unter dem Einfluss von Interessengruppen, die mit dem Öl besser verdienen, wenn wir „Peak Oil“ in schweren Geländewagen entgegen fahren. Es ist Zeit, dass sich die Politik von den Interessen der Erdölverkäufer emanzipiert.

Baustelle 2

KLIMAPOLITIK

Anna Vettori, Ökonomin, SES Stiftungsrätin

Das Klima ändert sich – auch in der Schweiz. Noch gibt es Schnee in den Alpen, noch gibt es Gletscher. Die Frage ist, wie lange noch. Anzeichen für die globale Erwärmung gibt es auch in der Schweiz:

- Die Jahresmittel-Temperatur ist im Alpenraum seit der Industrialisierung um 1,6° Grad gestiegen.
- Seit Mitte der 1970er Jahre haben die Alpen rund 25% ihres Gletschervolumens eingebüsst.
- Der Sommer 2003 bzw. der Monat Juli 2006 waren die heissesten seit Beginn der Temperaturmessung.

Die Folgen dieser Klimaveränderung sind bekannt:

- Durch die schnelle Erwärmung rutschen im Sommer Berghänge und Felsen ab und im Winter fehlt der Schnee. Die Alpenregionen verlieren an touristischer Attraktivität.
- Ausgedehnte Hitze- und Dürreperioden beeinträchtigen die Gesundheit der Menschen und beschern der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelproduktion Ertragseinbussen in Millionenhöhe.
- Vermehrt auftretende extreme Wetterlagen verursachen Überschwemmungen und damit gewaltige volkswirtschaftliche Schäden. Das August-Hochwasser im Jahr 2005 hat Schäden in Milliardenhöhe verursacht, mehrere Menschen verloren dabei ihr Leben, 17 Kantone waren vom Unwetter betroffen. Damit ist es das schwerste bisher registrierte Einzelereignis in der Schweiz.

Die Folgen der Klimaveränderung zeigen:

- Auch nur ein geringer Temperaturanstieg führt zu massiven Umweltauswirkungen.
- Die Schweiz und der Alpenraum sind von der Klimaerwärmung besonders betroffen.

Die globale Erwärmung ist aber nicht etwa auf natürliche Prozesse zurückzuführen, sondern von Menschen verursacht. Ihre Ursache liegt vor allem im Verbrennen fossiler Brennstoffe und den resultierenden Emissionen von Kohlenstoffdioxid (CO₂) sowie der Freisetzung weiterer Treibhausgase. Um die Treibhausgase zu reduzieren wurde 1997 das Kyoto-Protokoll verabschiedet. Dieses verpflichtet die industrialisierten Staaten ihre Treibhausgasemissionen auf ein bestimmtes Niveau zu reduzieren. Denn 80% der weltweiten CO₂-Emissionen stammen aus diesen Ländern.



Und was tut die Schweiz gegen die globale Erwärmung? 1998 hat die Schweiz das Kyoto-Protokoll unterzeichnet und 1999 hat das Parlament das CO₂-Gesetz verabschiedet. Trotzdem gehen die CO₂-Emissionen nicht zurück. Die Schweizerinnen und Schweizer emittieren pro Kopf im Vergleich mit Entwicklungs- und Schwellenländern immer noch ein Vielfaches an CO₂-Emissionen. Der Grund liegt in einer verfehlten Klimapolitik, welche falsche Anreize und Preissignale setzt:

- Der Grossteil der ausgestossenen Treibhausgase (80%) in der Schweiz geht auf das Konto der fossilen Energieträger. Der Verkehr trägt dazu fast die Hälfte bei. Die Schweiz hat aber europaweit das billigste Heizöl und Benzin.
- Die CO₂-Abgabe auf Brennstoffen ist immer noch nicht eingeführt.
- Der Klimarappen auf Benzin hat keine Lenkungswirkung.

Die SES fordert deshalb:

- Die Schweiz muss als Erstes ihre Kyoto Verpflichtungen erfüllen. Das reicht aber noch lange nicht! Sie muss ihre Treibhausgasemissionen langfristig drastisch reduzieren, ohne dabei die Atomenergie auszubauen. Zu diesen Hausaufgaben gehört die sofortige Einführung der CO₂-Lenkungsabgabe auf Brenn- und Treibstoffen. Klimaverschmutzung muss etwas kosten.
- Die Schweiz muss in Richtung 2000 Watt Gesellschaft aufbrechen. Die Vision des Bundesrates muss gesetzliche Verpflichtung für Bund, Kantone und Gemeinden werden. Um dieses Ziel zu erreichen brauchen wir Instrumente und Massnahmen, welche Anreize für einen effizienten und sparsamen Umwelt und Ressourcenverbrauch in allen Bereichen setzen und das Verursacherprinzip konsequent umsetzen. Dazu zählen insbesondere Lenkungsabgaben (welche zu einer ökologischen Steuerreform ausgebaut werden können) wie eben die CO₂-Emissionsabgabe oder eine fahrleistungsabhängige Abgabe im Verkehrsbereich im Rahmen eines Road Pricing. Dazu zählen aber auch eine Raumplanung der kurzen Wege sowie Gebäude- und Gerätestandards wie der Gebäudepass oder die Energieetikette. Nur so kommen wir zu besser isolierten Häusern, zu effizienteren Fahrzeugen und zu mehr sauberem Strom.

Falls Sie mehr wissen wollen über die Energiepolitik der SES: Die SES engagiert sich im Rahmen der Klima-Allianz für eine klimakompatible Energiepolitik. Vor kurzen hat die Allianz unter Mitarbeit der SES den Klimamasterplan präsentiert und Bundesrat Leuenberger ein Klima-Manifest übergeben. Den Masterplan und das Manifest finden Sie auf unserer Website.

Baustelle 3

VERSCHWENDUNG UND FALSCHER ANREIZE

Dr. Stefan A. Mathez, Physiker, SES Stiftungsrat

Wenn wir annehmen, dass dieses Vehikel an jedem Werktag 100 km zurücklegt, ergibt das einen Verbrauch von ca. 6000 Litern Benzin pro Jahr. Dabei werden vom Rohöl, das am Bohrloch gefördert wird, der so genannte Primärenergie, letztlich gerade einmal 20% als mechanische Energie genutzt. Würde man stattdessen diesen Energieträger in Mini-Blockheizkraftwerken zur Stromgewinnung einsetzen, könnten damit 4 Elektroautos täglich je 100 km zurücklegen, und mit der Abwärme könnten 4 grosse Einfamilienhäuser im Minergie-Standard das ganze Jahr hindurch beheizt, sowie 20 Personen mit Warmwasser versorgt werden. Man kann also sagen, dass jedes einzelne dieser vier Räder so viel Energie frisst, wie ein Elektromobil samt Einfamilienhaus und Familie. Dasselbe mit Holz oder Biogas betrieben, würde energetisch betrachtet sogar für 6 Autos, 6 Häuser und 30 Personen reichen.

Was Sie hier sehen, ist eine gigantische Energievernichtungsmaschine.



Ich bin übrigens Physiker, Sie müssen mir beim Apéro dann nicht erklären, dass man Energie nicht vernichten kann, sondern nur umwandeln. Ich denke, Sie verstehen schon, was ich meine.

Wo ein politisches System Auswüchse dieser Art offenbar begünstigt und in keiner Weise lenkend eingreift (man bedenke: die Schweiz hat das Kyoto-Protokoll unterzeichnet!), da, meinen wir, sind offensichtlich falsche Anreize vorhanden.

40% der in der Schweiz eingesetzten Energie, man spricht von Endenergie, verpuffen ungenutzt. Auf die Energiepreise umgerechnet kostet uns Schweizerinnen und Schweizer diese Verschwendung jährlich 10 Milliarden Franken.

Ich bin zwar nicht Ökonom, aber was vorhin für die Energie galt, gilt hier auch für das Geld: Diese 10 Milliarden haben sich nicht in Luft aufgelöst, sondern sind in ganz bestimmte Taschen gewandert.

Die grossen Profiteure dieser Verschwendung sind die traditionellen Energieproduzenten und die Energieverkäufer. Da letztere in Bern das Sagen haben, und wir bei Volksabstimmungen die Verschwendungs-Propaganda mit unseren eigenen Stromgebühren kräftig mitfinanzieren, stehen die Chancen für einen Schritt in Richtung Effizienzsteigerung leider schlecht. Durch ihr politisches System steckt die Schweiz hier in einem tiefen Dilemma.

Dabei sind die Verhältnisse in kaum einem Bereich der Energiepolitik so offensichtlich und einfach nachvollziehbar wie hier: Einige Beispiele:

- Effizient genutzte Energie ist die bei Weitem günstigste Form der Energie. Der Betrieb einer Sparlampe, z.B., kostet minus 80 Rappen pro Kilowattstunde verglichen mit einer konventionellen Lampe oder anders ausgedrückt: Sie sparen 130 Franken beim Ersatz einer 100-W-Glühbirne. Die Stadt Zürich hat dies kapiert und gehandelt und spart nun jährlich 150'000 Franken ein.
- **Ein zweites Beispiel:** Die grössten Stromfresser im Haushalt sind Standby-Geräte. Das blosses Parat-Sein von Kaffeemaschinen, Fernseh- und anderen Geräten verschlingt einen Viertel des Haushaltstroms.

Die SES fordert, dass Geräte im Standby maximal 1 Watt verheizen dürfen. Das Resultat dieser einfachen Massnahme kann sich sehen lassen: Die jährlichen 2.8 Milliarden Kilowattstunden Bandstrom des AKW Mühleberg können damit nahtlos kompensiert werden. Es sei hier am Rande noch erwähnt, dass Präsident Bush genau diese 1-Watt-Limite im Juli 2001 für alle öffentlichen Ämter der USA verordnet hat. Mit unserer Forderung sind wir also für einmal nicht die grossen Eisbrecher. – Und dies ist auch das einzige Mal, wo ich auf Bush verweise.

- Weitere riesige Potenziale stecken in der Beleuchtung und bei Industrie-Motoren. Hier lassen sich durch Modernisierung 3 beziehungsweise 5 Milliarden Kilowattstunden einsparen. Und damit gerade die AKWs Beznau 1 und 2 substituieren.
- Noch eindrücklicher sind die Zahlen bei den Elektroheizungen. Diese wurden in den 70er und 80er Jahren zur Eindämmung der Atomstromschwemme von der Stromwirtschaft im grossen Stil verschenkt. Heute gibt es in der Schweiz 160'000 strombeheizte Gebäude (etwa 5% des Gebäudeparks). Diese 5% „verbraten“ mit ihren Elektroheizungen ungefähr die Jahresstromproduktion von Gösgen.

Ich habe die Beobachtung gemacht, dass wenn es darum geht, dass Wärme auch anders, ohne Strom, erzeugt werden soll, z.B. mit „Sonnkollektoren“, dass dann das technische Sachverständnis von AKW-Befürwortern plötzlich wie weggeblasen scheint. Die gerne heraufbeschworene Stromlücke verkommt so nämlich zur schlichten Frage, ob wir ein neues AKW bauen wollen um ein paar Häuser zu beheizen, oder ob wir endlich die Rahmenbedingungen so korrigieren, dass moderne Technologien entwickelt, produziert und zum finanziellen Vorteil für den Konsumenten eingesetzt werden können.

- **Ein letztes Beispiel:** Der in der EU eingeführte Gebäudepass schreibt vor, dass sämtliche Bauten von Jokkmokk am Polarkreis bis Lisabon bezüglich Energieverbrauch eingestuft werden. Indes darf bei uns an der Gebäudeisolation gespart werden, wenn man eine Elektro-Wärmepumpe, egal welchen Typs, installiert. Selbst dieser Anreiz hält einer wissenschaftlich seriösen Prüfung nicht Stand.

Dass Technologieverbesserung nicht immer nur in der Zukunft stattfinden sollte, sondern schon konkret wirksam war, zeigt eine kleine Überschlagsrechnung: Würden wir heute noch Kühlgeräte aus dem Jahr 1970 benutzen, bräuchten wir ein zusätzliches AKW Leibstadt.

Ich komme zum Schluss: Bei steigenden Energiepreisen wird der rationelle Energieeinsatz zu einem Wettbewerbsvorteil. Effizienztechnologien sind die Märkte der Zukunft. Diese Chance darf die Schweiz nicht verpassen. Unser einziger Rohstoff ist „Bildung“... ach ja und das „Bankgeheimnis“ natürlich. Durch eine Politik für Energieeffizienz kann die Schweiz Anreize schaffen, um ihr technologisches Spitzen-Know-how in neue Produkte umzusetzen, und diese auf den Weltmärkten abzusetzen. In der Schweiz entstehen auf diese Weise unzählige neue, hoch qualifizierte Arbeitsplätze.

Die SES sieht die Förderung der rationellen Energieverwendung als erstes Gebot einer intelligenten Energiepolitik. Dass Strom- und Energieverkäufer von Effizienz nichts wissen wollen, ist uns klar. Dass aber unsere Volksvertreter nicht dafür einstehen, ist entweder Unwissenheit, oder aber sie haben sich zu Wasserträgern der Energielobby machen lassen. Gegen das Unwissen kämpfen wir mit unseren Mitteln an. Gegen die Wasserträger kommen wir nur an, wenn Sie als Wahlzettelträgerin und –träger Weitsicht zeigen. Die SES wird Sie im nächsten Wahlherbst dabei unterstützen.

Baustelle 4

OFFENE ATOMOPTION

Dieter Kuhn, Physiker, Vizepräsident der SES

Die Atomenergie, sowohl in ihrer zivilen als auch in ihrer militärischen Nutzungsform, ist ein Kind des Kalten Krieges. Wie die aktuellen Beispiele in Nordkorea und Iran zeigen, ist die Atombombe noch heute ein probates Mittel, um von den Mächtigen auf der geopolitischen Bühne ernst genommen zu werden. Auch die sogenannte friedliche Nutzung erzwingt eine Grosstechnologie mit Sicherheitskontrollen, Einschränkung der Persönlichkeits- und Mitspracherechte und ist damit zutiefst undemokratisch. Auch in der Schweiz. Die Standortsuche für ein Atommülllager ist hier beispielhaft. Nach dem der Kanton Nidwalden das Atommülllager im Wellenberg zweimal an der Urne ablehnte, wurde die kantonale Hoheit im neuen Atomgesetz kurzerhand aufgehoben.



Dazu kommt, dass die Technik der Atomkraftwerke vom Prinzip her zwar einfach, fast schon primitiv ist (man erzeugt Dampf und lässt ihn zum Antrieb eines Generators auf eine Turbine strömen, wobei der Wirkungsgrad etwa ein Drittel ist), dass aber der kernphysikalische Teil risikoträchtig und störungsanfällig ist. Dies wurde uns kürzlich in Schweden wieder einmal in Erinnerung gerufen. In Forsmark hat der Zufall und ein geistesgegenwärtiger Reaktorfahrer schlimmstes verhindert.

Es ist ja nicht so, dass die Uranoxidtabletten, die sich in den Brennstäben befinden, in der Natur vorkommen und bloss eingesammelt zu werden brauchen: Mit gewaltigem Aufwand wird uranhaltiges Erz gebrochen, zermahlen und aufbereitet. Der spaltbare Anteil des Urans muss mit grossem Energieaufwand künstlich erhöht und schliesslich die Tablette hergestellt werden. Im Ausland, wo diese ganzen Vorarbeiten passieren, entsteht eine hohe Umweltbelastung und ein energetisches Defizit. Die Energiebilanz des gesamten Atomkreislaufes ist miserabel und wird sich mit der zunehmenden Verdünnung der Uranerzvorkommen nochmals verschlechtern. Das heisst, dass ein AKW in Bälde zu einer Energievernichtungs-Maschine werden könnte.

Mittlerweile haben wir sehr viel Geld in den Bau, die Aufrüstung und den Unterhalt dieser AKW investiert. Spontan würde man sagen: Lasst uns diese Riesenmaschinen möglichst lange betreiben, um das investierte Geld möglichst gut zu amortisieren. Tatsache ist aber, dass bei korrekter Buchhaltung ein AKW den Strom nicht kostendeckend und schon gar nicht gewinnbringend produziert. Seit ihrer Einführung geniesst die Atomindustrie staatliche Privilegien und indirekte Subventionen. Die Versicherungs- und die Entsorgungskosten werden politisch tief gehalten und dem

Saat und den nächsten Generationen übertragen. Der Preis für den heute billigen Atomstrom wird erst morgen bezahlt.

Atomenergie macht alles andere platt. Solange wir uns die Option AKW offen halten, wird es kein Umdenken in Richtung Effizienz und erneuerbare Energien geben. Damit verbauen wir uns aber die Zukunft im Bereich neuer Arbeitsplätze und Entwicklung von Effizienztechnologien! Hier tut sich aber in den nächsten Jahren im In- und Ausland ein ständig wachsender Markt auf. Auf der anderen Seite ist Reaktorfahrer wohl, mittelfristig gesehen, ein aussterbender Beruf.

Solange wir nicht endlich festlegen, wann die AKW abgestellt werden, ist ein seriöser Versuch, die Bewältigung der Langzeitlagerprobleme anzupacken, gar nicht möglich. Ohnehin gibt es für ein Problem, das Zeiträume von Jahrmillionen umfasst, keine ernsthaften technischen Lösungen, die den Namen „Lösung“ wirklich verdienen. Die SES verlangt, dass wirklich unabhängige Experten die Arbeit der Nagra überprüfen und dass von der Idee „Endlager“ zugunsten der Rückholbarkeit endlich Abschied genommen wird.

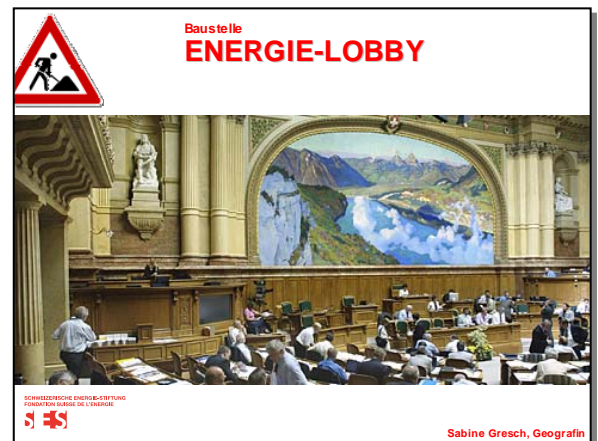
Die SES will, dass das „Hintertürchen“ Atomoption endlich zugeschlagen wird und mit Nachdruck erneuerbare Energien und Effizienztechnologien gefördert werden. In diesem Sinne ist die vom Parlament vorgeschlagene Eispeisevergütung für sauberen Strom ein Schritt in die richtige Richtung. Aber es ist auch klar, dass uns diese unambitionierten Strompolitik geradewegs in den Kampf um neue AKW führen wird. Die FDP hat diesen jedenfalls vor 10 Tagen bereits eröffnet. Bleibt nur zu hoffen, dass die Stromwirtschaft das Spiel mit dem Feuer bleiben lässt und uns nicht zum Referendum zwingen wird. Denn JA zu einem neuen AKW hat die Schweiz noch nie gesagt.

Baustelle 5

ENERGIE-LOBBY

Sabine Gresch, Geografin, SES Stiftungsrätin

Mindestens 20 Branchenverbände und Energielobby-Organisationen kämpfen in Bundesbern mit Lachsbrötli für ihre Interessen: Für neue AKW, gegen Erneuerbare und Effizienz, gegen eine CO₂- Abgabe, kurz für den Erhalt des Energieestablishments. Beim Lobbying und ParlametarierInnen-anlässen allein bleibt es aber nicht. Viele der obgenannten Energie-Vereine sind auch in der Volksbildhauerei, sprich Bildung tätig. In der LehrerInnenbildung des Forum VERA (Verantwortung für die Entsorgung radioaktiver Abfälle) lehrt der junge Sekundarlehrer, dass das Erdöl noch lange nicht ausgehen wird, dass das Klima nur noch mit der nachhaltigen Atomenergie zu retten sei und dass die erneuerbaren Energien zwar smart, aber viel zu teuer und zu begrenzt sind. Und wohlverstanden, finanziert wird die Lobbying-Maschinerie mit unseren Strom und Heizölrechnungen.



Warum diese Macht? Das liegt vermutlich daran, weil das Energiebusiness ein grosses Geschäft ist (Umsatz 28 Milliarden Franken) und die Rahmenbedingungen stark von der Politik beeinflusst werden. Bei der Elektrizitätswirtschaft ist die Verbindung zur Politik besonders stark, da die grossen Energieversorgungsunternehmen (AXPO, BKW, EOS, CKW) und die gegen 1000 Gemeinde-Kantons- und Stadtwerke grossmehrheitlich im Besitz der öffentlichen Hand sind. Dem entsprechend sind auch die attraktiven Verwaltungsratsmandate in der Politik sehr zahlreich.

So erklärt sich zum Beispiel, dass ein Drittel der amtierenden StänderätInnen mit der Energie- oder Stromwirtschaft verbandelt sind und dafür sorgen, dass der Energieverbrauch stetig zunimmt. Klima hin – Benzin und Strom her!

Die Energieversorgungsunternehmen schreiben wie jedes andere Unternehmen dann Gewinne, wenn sie bei tiefen Kosten möglichst viel verkaufen. Heisst konkret: Sie heizen den Stromkonsum an, beispielsweise durch die Subventionierung von Elektroboilern oder mit Dumpingstrompreisen für Haushalte mit Elektroheizungen. So schöpfen die EVU seit Jahren Ihre Monopolrenten bei den gefangenen Kunden ab und schreiben konstant mehrstellige Millionengewinne. Bei einem Jahresumsatz von gegen 9 Milliarden Franken, schöpft beispielsweise die Strombranche pro Jahr gegen 2 Mia Reingewinn ab.

So wie sich ein Herr Nationalrat Randegger als Vertreter der Chemie für hohe Medikamentenpreise einsetzt, macht sich ein Herr Ständerat Büttiker (FDP) als Verwaltungsrat der ATEL für die Förderung des Stromabsatzes stark. Was heisst: Weiterbetrieb der inzwischen weitgehend amortisierten und daher lukrativen AKWs und Verhindern einer griffigen Effizienzpolitik. Jüngst geschehen in der Session, wo Herr Büttiker als Ständeratspräsident mit Stichentscheid die Förderung der Fotovoltaik beerdigte und seine Compagnions es ablehnten, griffige Effizienzmassnahmen ins revidierte Energiegesetz zu schreiben.

Diese Übervertretung der Energiewirtschafts-Interessen in der kantonalen und nationalen Politik ist der Hauptgrund, weshalb die schweizerische Energie- und Klimapolitik nicht vom Fleck kommt.

Was kann die SES gegen diesen Interessen-Filz und für eine zukunftsfähige Energiepolitik tun?

1. Die SES muss die Interessen der Volksvertreter entblättern und die Verhinderer beim Namen nennen.
2. Die SES muss der Politik und der Öffentlichkeit erzählen, dass zum Beispiel der Ausbau der Pumpspeicherwerke nicht viel mit der Förderung der sauberen einheimischen Wasserkraft, sondern viel mehr mit der Absatzsicherung von Atomstrom zu tun hat.
3. Die SES muss neue Allianzen mit den Gewinnern von morgen schmieden. Die Zeit arbeitet für uns. Die Energiepreise und die Klimakosten werden steigen. Die nächsten Atomunfälle werden folgen und der Atommüll wird immer mehr. Dies erhöht die Chancen, dass auch in der Interessen-Demokratie Schweiz, sich langsam ein Umdenken einstellen wird. Immer mehr Menschen werden begreifen, dass die Mehrkosten von heute die Minderkosten von Morgen sind. Ein erster kleiner Lichtblick ist die Allianz für die Einführung der kostendeckenden Einspeisevergütung für sauberen Strom. Diese kam nur dadurch zustande, weil auch einige Bauern- und KMU-VertreterInnen den Mehrwert einer neuen Energiepolitik eingesehen haben.

Die Energiesysteme werden sich ändern weil die heutigen Batterien langsam zu Ende gehen. Es ist nur eine Frage der Zeit. Wir wollen nicht auf Geheiss der Energielobby warten bis uns der Wandel aufgezwungen wird - wir wollen vorausgehen und davon profitieren.

(Es gilt das gesprochene Wort)